

Fragen

für die Fragestunde der 221. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 13. Mai 2009

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	13, 14
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	10, 29	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 19
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	25, 26	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	11, 39
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	34, 35	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	40, 41	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	18
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 24	Pieper, Cornelia (FDP)	15, 36
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	43	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	27, 28
Hartmann, Michael (Wackernheim) (SPD) ..	20, 21	Spieth, Frank (DIE LINKE.)	6, 9
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	37, 38	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 42
Höger, Inge (DIE LINKE.)	4, 5	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	2, 3
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Waitz, Christoph (FDP)	1
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	16, 17
Dr. Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU) .	44		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	11
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
Christoph Waitz
(FDP) Was hat die Bundesregierung bereits unternommen bzw. was gedenkt sie zu unternehmen, um die Urheberrechte deutscher Autoren gegenüber dem Internetkonzern Google zu schützen, der plant, ohne ausdrückliche Zustimmung der Autoren Millionen vergriffener Bücher ins Netz zu stellen, wenn diese nicht bis zum Stichtag 4. September 2009 Widerspruch eingelegt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

2. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.) Welchen aktuellen Stand haben die inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen der Errichtung eines Standortes des Bundesinstituts für Risikobewertung in Neuruppin (Landkreis Ostprignitz-Ruppin), und was wurde seit der Fragestunde vom 28. Januar 2009 seitens des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur weiteren Realisierung dieses Vorhabens getan?
3. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.) Wie bewertet die Bundesregierung den Zulassungsantrag und den Freisetzungsversuch der so genannten Amflora-Kartoffel in Bezug auf das in der Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG bis zum Jahr 2008 festgelegte Auslaufen der Zulassung von Markergenen, die ein Risiko für Mensch und Natur darstellen, und wie ist eine 20 Hektar große Freisetzungsfäche in Mecklenburg-Vorpommern nach Ansicht der Bundesregierung wissenschaftlich zu begründen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

4. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.) Wie will die Bundesregierung, angesichts von wiederholten Warnungen durch Menschenrechtsorganisationen wie z. B. Amnesty International vor Folter und anderen Formen der Misshandlung in afghanischen Gefängnissen, sicherstellen, dass der von Angehörigen des Kommandos Spezialkräfte (KSK) am

7. Mai 2009 in Afghanistan festgenommene Abdul Rasek nach seiner Übergabe an die afghanische Staatsanwaltschaft und den afghanischen Geheimdienst entsprechend rechtsstaatlichen Prinzipien behandelt wird?

5. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Erwägt die Bundesregierung angesichts knapper werdender Haushaltsmittel dennoch den Vertrag über die Beschaffung der dritten Tranche des insgesamt 22 Mrd. Euro teuren Eurofighters in diesem Jahr noch abzuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

6. Abgeordneter
Frank Spieth
(DIE LINKE.)
- Was waren konkret die neuen Erkenntnisse, die im Bundesministerium für Gesundheit in dieser Legislatur durch externe Mitarbeiter etwa von Krankenkassen, Unternehmen und Leistungserbringern gewonnen wurden, und waren daneben auch Vertreter von Patientenorganisationen als externe Mitarbeiter beschäftigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

7. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Akten hat der ehemalige Betreiber der Schachanlage Asse II, das Helmholtz Zentrum München, vor der Übergabe an das Bundesamt für Strahlenschutz kopiert oder digitalisiert, und weshalb hat das Helmholtz Zentrum München nicht den gravierenden Vorfall vom 18. Dezember 1973 in der von ihm Ende 2008 erstellten „Liste über Betriebsstörungen bei der Einlagerung“ von Atommüll in der Schachanlage Asse II aufgeführt?
8. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Studien hat die Bundesregierung in Auftrag gegeben bzw. befinden sich im Beauftragungsprozess, die zum Ziel haben, eine Solarunion mit einer Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien rund um das Mittelmeer – verbunden mit einem teilweisen Export dieses Stromes in die Länder der euro-

päischen Union – strategisch vorzubereiten, und beinhalten diese Studien Berechnungen über den erforderlichen Ausbau der Netze inklusive einer Kostenbetrachtung sowie eine Betrachtung der gesetzlichen Grundlagen für den Ausbau in den einzelnen Ländern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

9. Abgeordneter
Frank Spieth
(DIE LINKE.)
- Wie viele externe Mitarbeiter, also z. B. von Unternehmen oder Verbänden entsendete, gibt es derzeit in den Bundesministerien, und welche Organisationen sind in den jeweiligen Bundesministerien vertreten (bitte getrennt nach Bundesministerien auflisten)?
10. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Wie ist der Sachstand (Anzahl der Anträge zum jetzigen Zeitpunkt, Bearbeitungsquote, Anzahl der Positiv- bzw. Negativbescheide, Darstellung der Ablehnungsgründe) in Sachen Antragstellung zur Gewährung einer Entschädigung nach dem Häftlingshilfegesetz für den anspruchsberechtigten Personenkreis (z. B. politische Gefangene, soldatenähnliche Gefangene)?
11. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung anlässlich des 8. Mai 2009, des Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

12. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung zur Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 10. März 2008 (1 BvR 2388/03), die Finanzverwaltung müsse das Datenschutzgrundrecht sowie effektiven Rechtsschutz gewährleisten, und der Aufforderung durch die Konferenz der Bundes- und Länderdatenschutzbeauftragten vom 27. bis 29. März 2009, nun „unverzüglich“ die Verwaltungsanweisung des Bundesministeriums der Finanzen vom 17. Dezem-

- ber 2008 aufzuheben nachkommen, wonach die Bürger ihre Steuerakten im Finanzamt nur bei „berechtigtem Interesse“ einsehen dürfen, und wie rechtfertigt die Bundesregierung diesen abermaligen Versuch, Bürgern die sie unmittelbar betreffenden Informationen vorzuenthalten?
13. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 zu verabschieden, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Nettoneuverschuldung im Bundeshaushalt 2010?
14. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP)
- Beabsichtigt der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, Luxemburg, Liechtenstein, die Schweiz, Österreich und Ouagadougou, die Hauptstadt von Burkina Faso, zu einer Steuerkonferenz nach Berlin einzuladen, wie er in Brüssel angekündigt hat (SPIEGEL ONLINE vom 5. Mai 2009)?
15. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, die drei Wissenschafts- und Forschungsprogramme Exzellenzinitiative, Hochschulpakt und Pakt für Innovation und Forschung unter Haushaltsvorbehalt gestellt hat und damit den jüngsten Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz in Frage stellt und die bevorstehende Ministerrunde mit der Bundeskanzlerin konterkariert*)?
16. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass Arbeitszeitverlängerung eine richtige Antwort auf die Auftragsrückgänge in der Krise ist, und wie haben sich die Vertreter der Bundesregierung im Aufsichtsrat der Deutschen Post AG bisher gegenüber den Ankündigungen des Chefs der Deutschen Post AG Dr. Frank Appel verhalten, mit der Gewerkschaft über längere Arbeitszeiten und eine Verschiebung der für Dezember 2009 geplanten Gehaltserhöhung von 3 Prozent verhandeln zu wollen?

*) Siehe hierzu auch Frage 36.

17. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie viele Millionen Euro hat die Deutsche Post AG in diesem Jahr an ihre Aktionäre als Dividende ausgeschüttet (bitte Betrag insgesamt nennen, nicht pro Aktie), und wie steht die Bundesregierung als größter Einzelaktionär der Deutschen Post AG dazu, dass der Vorstand zugleich Einsparungen bei den Beschäftigten des Unternehmens fordert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

18. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die gelegentlich postulierten Forderungen nach einer telekommunikationsspezifischen Zugangs- und/oder Entgeltregulierung der Fernseh- bzw. Koaxialkabelnetze im Allgemeinen sowie vor verfassungsrechtlichem Hintergrund, und welche Erkenntnisse liegen ihr zu entsprechenden Regimen im EU-Ausland bzw. auf EU-Ebene vor?
19. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Methoden will die Betreibergesellschaft Nord-Stream-Konsortium nach der angekündigten Prüfung der Alternativen zur Reinigung der Ostseepipeline (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 16/8041) nun genehmigen lassen, und wie bewertet die Bundesregierung diese Methoden?
20. Abgeordneter
Michael Hartmann
(Wackernheim)
(SPD)
- Warum wird der Mitarbeiter von PricewaterhouseCoopers (PwC) der (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 23. April 2009 „PwC-Mitarbeiter in Ministerium empört Lobbywächter“) seit Anfang 2009 als externer Mitarbeiter im Referat V C 2 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (Exportfinanzierung, Exportkreditversicherung) beschäftigt ist, aus dem sein Arbeitgeber Aufträge bekommt, trotz seines Arbeitsplatzes im Bundesministerium nicht im Zweiten Bericht des Bundesministeriums des Innern über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung aufgeführt?

21. Abgeordneter
Michael Hartmann
(Wackernheim)
(SPD)
- Von wem wird der PwC-Mitarbeiter während seiner Tätigkeit im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie bezahlt, und wie erfolgte die Vergabe dieses Arbeitsplatzes an PwC?
22. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung den Chef der Deutschen Energie-Agentur GmbH, Stephan Kohler, nach seinem zunächst angekündigten und dann wieder rückgängig gemachten Wechsel zum Energieoligopolisten RWE noch für tragbar, und erkennt sie bei ihm die notwendige Unabhängigkeit oder Zuverlässigkeit für diese Führungsposition?
23. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es immer noch Ziel der Bundesregierung, das Energieeffizienzgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden?
24. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Aussagen hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) bzw. haben in der BGR zuständige Mitarbeiter im Laufe der Jahre bis dato über die Eignung der Asse, des Bergwerks Morsleben sowie von Gorleben als Endlager für Atommüll getroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

25. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, um Personen, die 1945 im Zusammenhang mit dem Kriegsende bereits als Kinder interniert waren und schwere Arbeit verrichten mussten, zu einem Rentenanspruch für die Zeit, in der sie noch nicht 14 Jahre alt waren, zu verhelfen, und wie beurteilt die Bundesregierung die im Petitionsverfahren Pet 3-15-15-8213-030095 zu den Problemen ehemals internierter Kinder wiedergegebene Auffassung des damaligen Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, dass Kinder unter 14 Jahren typischerweise ihre Schulpflicht erfüllen?

26. Abgeordnete
Dr. Martina Bunge
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der heute noch Lebenden, die im Zusammenhang mit dem Kriegsende 1945 als unter 14-Jährige interniert wurden und arbeiten mussten?
27. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie viele europäische Parkausweise für Behinderte wurden entsprechend der Empfehlung des EU-Rates vom 4. Juni 1998 bisher in der Bundesrepublik Deutschland ausgestellt, und inwieweit haben sich diese Ausweise bewährt?
28. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise hat sich die Bundesregierung bisher in der Europäischen Union für die Einführung eines europäischen Behindertenausweises eingesetzt, und welche Gründe gibt es für das Fehlen eines solchen Ausweises, obwohl dies schon seit längerer Zeit aus den Reihen der Behindertenbewegung vorgeschlagen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

29. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
- Welche TEN-V-Infrastrukturprojekte meldet die Bundesregierung (aufgeschlüsselt nach Bundesländern und Kostenvolumen) auf die Aufforderung der Europäischen Kommission zur Einreichung von Vorschlägen 2009 für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V), für deren Finanzierung Mittel in Höhe von knapp 1 Mrd. Euro (bestehend aus 500 Mio. Euro aus dem Europäischen Konjunkturprogramm, höchstens 370 Mio. Euro aus dem mehrjährigen Arbeitsprogramm sowie dem flexiblen jährlichen Arbeitsprogramm mit 140 Mio. Euro) zur Verfügung stehen?
30. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Lärmsanierungsprojekte an Bundesfernstraßen insbesondere in den verkehrslärmbelasteten Ballungszentren sind in den Konjunkturpaketen enthalten, und inwieweit werden Mittel aus dem Mautaufkommen auch für die Lärmsanierung an bestehenden Bundesfernstraßen verwendet?

31. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu Geschwindigkeitsreduzierungen auf Autobahnen tagsüber auf 120 km/h und nachts von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr für Pkw auf 80 km/h und Lkw auf 60 km/h aus Lärmschutzgründen?
32. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen weiteren Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen an der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße und der Oder wurde seitens der Bundesregierung neben Unterhaltungsbaggerungen der Klützer Querfahrt und einer Initialbaggerung im auf polnischem Territorium befindlichen Dammschen See für die Einigung mit der polnischen Seite zugestimmt?
33. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche finanziellen Vereinbarungen zu den Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen an Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße und Oder wurden getroffen, und wie werden die finanziellen Lasten für die einzelnen Maßnahmen verteilt?
34. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Wann wird die Vorlage des Gutachtens der Bundesanstalt für Wasserbau über die Schlickverminderung im Rahmen des Aktionsprogramms Ems durch die Bundesregierung/das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erfolgen?
35. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der am 9. Februar 2009 im Rahmen einer Informationsveranstaltung für Fischer in Greetsiel vorgestellten Pläne der niederländischen Behörden über Art und Umfang der geplanten Baggerungs- und Verklappungsmaßnahmen in der Ems im Zusammenhang mit dem Ausbau des Eemshavens sowie auf die Zufahrtsvertiefung zum Eemshaven auf die Fischereibetriebe in Ditzum und Greetsiel, und hat die Bundesregierung sich bei den niederländischen Behörden dafür eingesetzt, dass analog der Vereinbarungen in Deutschland mit der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest auch in den Niederlanden ein fischerwirtschaftliches Gutachten unter Einbeziehung der deutschen Fischereibetriebe in Auftrag gegeben wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

36. Abgeordnete
**Cornelia
Pieper**
(FDP)
- Muss davon ausgegangen werden, dass der am 6. Mai 2009 durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung vorgestellte Acht-Punkte-Plan für Innovation und Wachstum (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 6. Mai 2009) ebenfalls in Frage gestellt werden wird*)?
37. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hält die Bundesregierung an ihrem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel fest, die Studierendenquote eines Altersjahrganges auf 40 Prozent zu steigern, wenn gleichzeitig die Bereitstellung der Mittel für den Hochschulpakt II auf die nächste Legislaturperiode verschoben wird?
38. Abgeordnete
**Cornelia
Hirsch**
(DIE LINKE.)
- Weshalb vertagt die Bundesregierung ihre Entscheidung, Mittel für die Fortschreibung des „Paktes für Forschung und Innovation“, den Hochschulpakt II, der 274 000 zusätzliche Studienplätze an den Hochschulen bringen soll, und die Exzellenzinitiative bereitzustellen, auf die Zeit nach der Bundestagswahl im September 2009 vor dem Hintergrund, durch diese Programme auch Arbeitsplätze erhalten und schaffen zu können?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

39. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(DIE LINKE.)
- Welche NS-Konzentrationslager hat die Bundeskanzlerin wann in ihrer Amtszeit besucht?
40. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Staatsministerin Dr. Maria Böhmer ihre Auffassung, das Einbürgerungsrecht sei mit dem EU-Richtlinienumsetzungsgesetz nicht erschwert sondern erleichtert worden (vgl. dpa vom 29. April 2009), angesichts des Umstandes, dass der

*) Siehe hierzu auch Frage 15.

Anteil von nach § 10 Absatz 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes Eingebürgerten im Jahr 2008 beispielsweise in Berlin gerade einmal 2,5 Prozent und in Hamburg nur 1,4 Prozent betrug (Abgeordnetenhaus Berlin – Drucksache 16/13073 und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – Drucksache 19/2636) und ein Großteil hiervon nach Satz 1 (erfolgreiche Integrationskursteilnahme) erfolgt sein dürfte und nicht nach Satz 2, der mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz hinzugefügt wurde („besondere Integrationsleistungen“), während der allgemeine Rückgang der Einbürgerungen im Jahr 2008 vermutlich mindestens 15 Prozent betrug (Süddeutsche Zeitung vom 29. April 2009), und welche Gründe sind nach ihrer Auffassung für diesen erheblichen Rückgang verantwortlich, wenn nicht die überwiegende Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts im August 2007?

41. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)

Ist nach Auffassung der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer die Einbürgerung das Ende einer „erfolgreichen Integration“, so dass es bei der Einbürgerung „hoher Hürden“ bedürfe, wie der Abgeordnete Stephan Mayer (Altötting) für die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag erklärte (vgl. Plenarprotokoll 16/120, S. 12543 f.), also gerade kein Schritt in einem länger andauernden, gegebenenfalls auch generationsübergreifenden Prozess, der zudem die Integration zu fördern vermag, und welche Schlussfolgerungen zieht die Staatsministerin hieraus in Bezug auf mögliche künftige Verschärfungen oder Erleichterungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

42. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die pessimistische Prognose für die Entwicklung in Afghanistan seitens des dortigen großen Truppenstellers Kanada (Regierungschef Stephen Harper: ISAF-Truppen dürfen „nicht einfach nur dableiben. Offen gesagt glaube ich, dass wir die Aufstände niemals niederschlagen werden“, FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 3. März 2009), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung angesichts einer offenbar ohnehin nicht zu kontrollierenden und zu verbessernden Lage für die Fortsetzung des Einsatzes deutscher Soldaten an dem Krieg in Afghanistan?

43. Abgeordneter
**Reinhard
Grindel**
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Vorwürfe gegen den türkischen Generalkonsul in Düsseldorf, Hakan Kivanc, die besagen, dieser habe behauptet, dass die Deutschen, wenn sie es könnten, allen Türkeistämmigen das Gleiche antun würden, was sie während der Nazi-diktatur den Juden angetan haben und dass in den Adern der Deutschen braunes Blut fließe?
44. Abgeordnete
**Dr. Kristina
Köhler**
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung in der Angelegenheit des türkischen Generalkonsuls Hakan Kivanc, dem rassistische Äußerungen gegen Deutsche vorgeworfen werden, bereits unternommen, und was gedenkt sie noch zu tun?
45. Abgeordnete
**Kerstin
Müller**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Aussagen des israelischen Außenministers Avigdor Lieberman während seiner Europa-reise, in denen er die Zweistaatenlösung als „Slogan“ bezeichnet hat und sich vom bisherigen Friedensprozess distanziert, und welche Position hat sie bei den direkten Zusammentreffen mit Avigdor Lieberman vertreten, insbesondere in der Frage der Siedlungspolitik und der ausstehenden EU-Vertiefung?
46. Abgeordnete
**Kerstin
Müller**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der EU-Kommission, dass die weitere Umsetzung der beschlossenen Vertiefung der Beziehungen mit der Europäischen Union von einem klaren Bekenntnis zur Zweistaatenlösung der neuen israelischen Regierung und dem Fortgang in der Siedlungspolitik abhängig gemacht werden soll, und falls nicht, warum nicht?

